

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis	17
A. Allgemeines	19
I. Vermessungsrecht als Länderaufgabe	19
II. Grundlagen	19
a. Aufgabenkatalog des amtlichen Vermessungswesens/Rechtsgrundlagen	19
b. Begriffsbestimmungen	20
c. Verhältnis der amtlichen Vermessung zu privatrechtlichen vermessungstechnischen Leistungen (Ingenieurvermessungen)	24
d. Zuständigkeiten im amtlichen Vermessungswesen	27
e. Hoheitliche Vermessungen von Amts wegen oder nur auf Antrag	30
f. Verfahrensschritte von Beginn bis zur Beendigung der Amtshandlung	37
III. Bedeutung der amtlichen Vermessung	42
a. Amtliche Vermessung als Maßstab für die Bestimmung der Reichweite des Eigentums an Grund und Boden in räumlicher Hinsicht (Lage, Grenzverlauf, Größe, Geometrie eines Grundstücks)	42
b. Argumente, aus denen sich die rechtliche Bedeutung der amtlichen Vermessung ableiten lässt	45
c. Keine Erstreckung der gesetzlichen Vermutung nach § 891 BGB und des öffentlichen Glaubens nach § 892 BGB auf die Angaben unter Ziffer 3 e des Bestandsverzeichnisses des Grundbuchs (Wirtschaftsart/Lage)	48
d. Ausschluss der gesetzlichen Vermutung nach § 891 BGB und des öffentlichen Glaubens nach § 892 BGB aufgrund wasserrechtlicher Bestimmungen	49
e. Keine Klärung zivilrechtlicher Fragestellungen im amtlichen Vermessungswesen	49
B. Die amtliche Vermessung im Zusammenhang mit Grenzstreitigkeiten	52
I. Ausgangssituation	52
a. Nachbarschaftliche Auseinandersetzungen	52

	b.	Anstehende Grenzbebauung	52
	c.	Weitere Anlässe für Grenzstreitigkeiten	53
	d.	Rechtliche Fragestellungen	54
II.		Verfahrens- bzw. Klagegegenstand	55
	a.	Grenzverlauf in der Örtlichkeit	55
	b.	Im Streit stehende Rechtsakte der amtlichen Vermessung	56
	c.	Grenzfeststellung	56
	d.	Abmarkung	58
	e.	Fortführungsriß	67
	f.	Fortführungsnachweis (FN) / Veränderungsnachweis (VN)	72
	g.	Berichtigung des Liegenschaftskatasters	76
	h.	Formulierung des Rechtsschutzbegehrens	80
III.		Notwendige Beiladung im Verwaltungsverfahren bzw. im verwaltungsgerichtlichen Verfahren	81
IV.		Formelle Rechtmäßigkeit	82
	a.	Zuständigkeiten	82
	b.	Verfahren, Form, Frist	82
V.		Materielle Rechtmäßigkeit	83
	a.	Maßgeblichkeit des Liegenschaftskatasters	83
	b.	Zulässige Messtoleranzen	88
	c.	Beschreibung des Liegenschaftskatasters	92
	d.	Funktion des Liegenschaftskatasters	93
	e.	Auslegung des Liegenschaftskatasters	94
	f.	Keine eindeutige Auslegung des Liegenschaftskatasters	97
	g.	Berichtigung des Liegenschaftskatasters	101
	h.	Klage gegen einen Fortführungsnachweis bei Flächenberichtigung	109
	i.	Klage auf Auskunftserteilung aus dem Liegenschaftskataster	111
VI.		Zivilrechtliche Folgen bei Uneindeutigkeit oder Unrichtigkeit des Liegenschaftskatasters	119
	a.	Grenzverwirrung im Sinne des § 920 BGB bei Uneindeutigkeit des Liegenschaftskatasters	119
	b.	Unrichtigkeit des Liegenschaftskatasters	119
	c.	Gesetzliche Vermutung des § 891 BGB und gutgläubiger Erwerb gem. § 892 BGB	121
	d.	Buchersitzung (§ 900 BGB)	123
	e.	Erwerb des Grundstücks im Rahmen der Zwangsversteigerung im Umfang des Katasterinhalts	123
	f.	Kein gutgläubiger Erwerb der im Liegenschaftskataster ausgewiesenen Flächengröße	124
	g.	Staatshaftungsanspruch bei fehlerhafter Flächenausweisung	124
	h.	Rechtliche Auswirkungen einer Grenzbebauung	125

C.	Privatrechtliche Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Grenzstreitigkeiten	128
I.	Ausgangssituation	128
II.	Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche des Eigentümers aus § 1004 Abs. 1 BGB bei Grenzverletzungen	129
	a. Beeinträchtigungen im Sinne des § 1004 Abs. 1 BGB	129
	b. Eigentumsbeeinträchtigung im Sinne des § 1004 Abs. 1 BGB durch Überbauung	131
	c. Duldungspflichten aus 1004 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 912 BGB	135
	d. Analoge Anwendungen des § 912 BGB	145
	e. Duldungspflichten aus Nachbarrechtsgesetzen	153
	f. Duldungspflichten aus § 242 BGB	156
	g. Ausschluss des Beseitigungsanspruchs wegen § 275 Abs. 2 S. 1 BGB bzw. § 251 Abs. 2 S. 1 BGB	157
	h. Überbaurente / Sondernutzungsgebühren bei überbauten öffentlichen Flächen	158
	i. Keine Pflicht des Eigentümers zur Duldung der Inanspruchnahme seines Grundstücks für die Herstellung des Straßenkörpers	160
	j. Störereigenschaft des Anspruchsverpflichteten aus § 1004 Abs. 1 BGB	160
	k. Wiederholungsgefahr bei Unterlassungsanspruch	162
	l. Verjährung des Beseitigungs- und Unterlassungsanspruchs aus § 1004 Abs. 1 BGB bei Grenzverletzungen	163
	m. Ausschluss der Rechte wegen Eigentumsstörung nach den Grundsätzen von Treu und Glauben	165
III.	Herausgabe- sowie Beseitigungsansprüche aus § 985 BGB sowie aus § 861 BGB bei Grenzverletzungen	166
	a. Anwendbarkeit der §§ 985, 861, 862 BGB bei Überbauten	166
	b. Duldungspflichten; Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	168
	c. Verjährung / Verwirkung	168
IV.	Auswirkung einer erteilten Baugenehmigung auf eine Grenzstreitigkeit	169
	a. Keine Wechselwirkungen zwischen öffentlich-rechtlicher Baugenehmigung und zivilrechtlichen Ansprüchen oder Sondernutzungsgebühren	169
	b. Einschränkungen	171
	c. Baugenehmigung ohne Einfluss auf die amtliche Vermessung	171
	d. Kein Anspruch auf bauordnungsrechtliches Einschreiten im Falle eines Überbaus	172
	e. Zweigleisig ausgestalteter Rechtsschutz, soweit Verstoß gegen drittschützende öffentlich-rechtliche Bestimmungen vorliegt	173

V.	Grenzanlagen im Sinne der §§ 921, 922 BGB	173
D.	Gebühren für hoheitliche vermessungstechnische Leistungen . .	175
I.	Ausgangssituation	175
II.	Rechtsgrundlage für die Gebühren für vermessungstechnische Leistungen	176
	a. Landesgebührengesetz (LGebG) von Baden-Württemberg bzw. Kommunalabgabengesetz (KAG) von Baden-Württemberg in Verbindung mit der Gebührenverordnung MLR (GebVO MLR)	176
	b. Maßgebende Fassung der Gebührenverordnung	177
	c. Rechtsgrundlagen für Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure	177
III.	Formelle Rechtmäßigkeit	178
	a. Zuständigkeiten	178
	b. Verfahren, Form, Frist	178
IV.	Materielle Rechtmäßigkeit des Gebührenbescheids	190
	a. Allgemeines	190
	b. Schuldnerauswahl	193
	c. Zurechnung der öffentlichen Leistung gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 2 Abs. 3 Landesgebührengesetz Baden-Württemberg (LGebG)	196
	d. Schriftliche Erklärung gegenüber der Behörde gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 LGebG Baden-Württemberg	211
	e. Haftung für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 Landesgebührengesetz Baden-Württemberg)	214
	f. Gebührenerleichterungen aus Gründen der Billigkeit	214
	g. Schuldnerauswahl / Gesamtschuldnerschaft	215
	h. Allgemeine gebührenrechtliche Grundsätze	221
	i. Häufige Problemstellungen im Vermessungsgebührenrecht . .	227
E.	Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure	246
I.	Rechtsstellung	246
	a. Rechtsgrundlagen	246
	b. Rechtsstellung als Beliehener	246
	c. Pflichten / Beschränkungen des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs	250
	d. Persönliche Voraussetzungen	256
	e. Sonstiges	272
II.	Honoraransprüche des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs	293
	a. Allgemeine Grundsätze	293
	b. Rechtslage in Baden-Württemberg	294
	c. Rechtslage in anderen Bundesländern	294

d. Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur als Klagegegner	297
e. Bindung an festgeschriebene Gebührensätze	297
f. Honoraransprüche bei von Amts wegen vorzunehmenden Vermessungsleistungen	298
Stichwortverzeichnis	303